

# EWN

Entsorgungswerk für  
Nuklearanlagen



# Pressespiegel

26.04.2024

# Inhalt

## EWN

1   <b>LNG-Terminal auf Rügen: Gericht weist Klagen ab</b> <i>Ostsee-Zeitung - Rostocker Zeitung, 26.04.2024</i> .....	3
2   <b>Land gibt neues Risikokapital an Start-ups aus – das wirft Fragen auf</b> <i>Nordkurier - Neubrandenburger Zeitung Stargard, 26.04.2024</i> .....	4
3   <b>Skandal in Sicht: Habeck wusste nicht alles über AKW-Streckbetrieb</b> <i>TAGESSPIEGEL, 26.04.2024</i> .....	5

📰 Ostsee-Zeitung - Rostocker Zeitung | 26.04.2024 | S. 18

📄 Auflage: 24.096 | Reichweite: 79.409

👤 Bernd Roeder

## LNG-Terminal auf Rügen: Gericht weist Klagen ab

*Überflüssig und umweltschädlich oder notwendig für eine sichere Versorgung? Das Rügener Flüssigerdgas-Terminal ist umstritten. Die Entscheidung eines Bundesgerichts ist nicht das letzte Wort in der Sache.*

Die Genehmigung für die Anbindungsleitung des umstrittenen Rügener Terminals für Flüssigerdgas (LNG) ist rechtsens. Das Bundesverwaltungsgericht hat Klagen der Deutschen Umwelthilfe (DUH) und des Naturschutzbundes Deutschland (Nabu) abgewiesen. Der Verzicht auf eine Umweltverträglichkeitsprüfung bei der Genehmigung sei nicht zu beanstanden, weil das Rügener Terminal der Bewältigung einer Gasversorgungskrise diene, teilte das Gericht am Donnerstag mit.

DUH und Nabu hatten auf Aufhebung des Planfeststellungsbeschlusses vom August 2023 geklagt. Schon mit Eilanträgen, die auf einen Baustopp abzielten, waren sie vor dem Leipziger Gericht im vergangenen Jahr gescheitert. Nun lehnte das Gericht die Klagen im Hauptsacheverfahren ab. Umwelthilfe und Naturschutzbund reagierten enttäuscht.

„Auch wenn das Gericht eben keinen Rechtsverstoß erkannt hat, dann ist aus unserer Sicht eben das LNG-

Projekt trotzdem energiepolitisch überflüssig, ökologisch für die Ostsee wirklich fatal und eben auch politisch ein schwerer Fehler“, sagte die Nabu-Referentin für Meeresschutz, Anne Böhnke-Henrichs.

Angesichts des Ukraine-Kriegs hatte der Bund den Ausbau einer eigenen Importinfrastruktur für LNG forciert, um unabhängiger von russischem Gas zu werden. Mit dem LNG-Beschleunigungsgesetz hat der Gesetzgeber die Möglichkeit geschaffen, auf eine Umweltverträglichkeitsprüfung zu verzichten.

Die DUH kündigte am Donnerstag weitere rechtliche Schritte an. Der Bürgermeister der unweit des Terminals gelegenen Gemeinde Binz sagte, seine Gemeinde werde in Kürze Klage beim Bundesverwaltungsgericht gegen die Genehmigung des LNG-Terminals einreichen. „Wir sind sehr zuversichtlich, damit den geplanten Betriebsbeginn am 15. Mai untersagen zu lassen.“

## Land gibt neues Risikokapital an Start-ups aus – das wirft Fragen auf

*Mecklenburg-Vorpommern stockt die Wirtschaftsförderung auf: Mit Beteiligungskapital von 44 Millionen Euro sollen junge Unternehmen bei der Entwicklung innovativer Produkte unterstützt werden.*

**Schwerin.** Neues Staatsgeld für junge Firmen in Mecklenburg-Vorpommern: Das Land greift der Wirtschaft mit frischem Beteiligungskapital in Millionenhöhe kräftig unter die Arme und gibt an Unternehmen weitere 37,5 Millionen Euro Risikokapital aus. Damit sollen Forschungs- und Entwicklungsvorhaben bis hin zur Markteinführung unterstützt werden, teilte das Wirtschaftsministerium mit. Weitere etwa 6,5 Millionen Euro steuert die Mittelständische Beteiligungsgesellschaft MV (MBG) bei, sodass zusammen etwa 44 Millionen Euro für den auf fünf Jahre angelegten Risikokapitalfonds zur Verfügung stünden.

Das bringt Geld in die Bücher: Unternehmen mit Sitz in MV könnten aus dem Programm innoSTARTvc jeweils bis zu 1,5 Millionen Euro Beteiligungskapital erhalten. Damit könnten sowohl Investitionen als auch Betriebsmittel während der Forschungs- und Entwicklungsphase bis hin zur Markteinführung digitaler Geschäftsmodelle in kleinsten, kleinen und mittleren Unternehmen einschließlich Existenzgründungen eingesetzt werden, hieß es.

Anträge könnten sofort an die Mittelständische Beteiligungsgesellschaft gestellt werden. Mit dem Fonds könnten aufstrebende Unternehmen und Start-ups in ihrer Entwicklung unterstützt werden, erklärte Mecklenburg-Vorpommerns Wirtschaftsminister Reinhard Meyer (SPD).

Der neue Risikokapitalfonds hatte sich zuletzt allerdings um Monate verzögert: Unter anderem war die Ausschreibung zunächst aufgehoben und erst im Dezember wieder neu ausgelegt worden. Mit der Kapitalvergabe an die unter anderem von Banken und Wirtschaftskammern getragene Mittelständische Beteiligungsgesellschaft gibt das Land die in der Fachwelt als sehr erfolgreich eingestufte Zusammenarbeit mit der Genius Venture Capital-Gesellschaft, einer Tochtergesellschaft des Technologiezentrums Schwerin, überraschend auf. GVC habe sich „bei der Aus-

schreibung nicht durchgesetzt“, begründete ein Sprecher des Wirtschaftsministeriums die Entscheidung lapidar. Die MBG habe „ein überzeugendes Konzept“ vorgelegt.

Die Neuvergabe wirft bei Risikokapitalgebern allerdings einige Fragen auf: Mit der Risikokapitalfinanzierung allein auf eine Bank zu setzen, geht das Land einen anderen Weg, als die große Mehrzahl der anderen Bundesländer, die in Sachen Start-up-Finanzierung auf eine Venture Capital Gesellschaft setzen. Investoren sehen mit dem Zuschlag an die Mittelständische Beteiligungsgesellschaft andere Venture-Capital-Gesellschaften in MV aber benachteiligt. Sie fürchten, dass es bei Finanzierungsrunden in Zukunft schwerer werde, zusätzlich zu dem Staatsgeld weiteres privates Kapital einzuwerben.

In den vergangenen 25 Jahren hatte die GVC zu dem im Auftrag des Landes gemanagten staatlichen Risikofonds ein Vielfaches an privatem Geld eingeworben. 35 Unternehmen waren in insgesamt mehr als 100 Transaktionen finanziert worden – durchschnittlich mit Risikokapital in Höhe von immerhin 2,8 Millionen Euro. Insgesamt wurden bislang Fondsmittel in Höhe von 23,5 Millionen Euro investiert und damit weitere 74,4 Millionen Euro Risikokapital mobilisiert. Mehr als 120 private Investoren steckten bislang insgesamt 61,5 Millionen Euro in die zumeist jungen Unternehmen.

„Wir bedauern, dass unser Konzept keine Berücksichtigung fand“, reagierte GVC-Chef Uwe Bräuer: „In Hinblick auf den großen Bedarf wachstumsstarker Start-ups an Eigenkapital und gezielter Managementunterstützung, beides typisch für eine Venture-Capital-Finanzierung, sehen wir die Defizite des jetzt aufgelegten Fonds. Wie man das besser gestalten kann, um so auch mehr privates Kapital mobilisieren zu können, dazu führen wir bereits erste Gespräche mit dem Wirtschaftsministerium.“

# TAGESSPIEGEL

TAGESSPIEGEL | 26.04.2024 | S. 4

Auflage: 104.079 | Reichweite: 347.437

Caspar Schwietering, Stefanie Witte, Christopher Ziedler

## Skandal in Sicht: Habeck wusste nicht alles über AKW-Streckbetrieb

Robert Habeck war von dem Vermerk seines Staatssekretärs Patrick Graichen begeistert. Von einem „famosen Papier“ sprach der grüne Wirtschaftsminister. Auf fünf Seiten hatte Graichen am 4. März 2022 dargelegt, dass Deutschlands Atomkraftwerke trotz Gasmangels nicht länger am Netz bleiben sollten. Sein Fazit: Eine Laufzeitverlängerung über den Jahreswechsel hinaus sei nach einer Abwägung von Nutzen und Risiken für die „drei noch bestehenden Atomkraftwerke auch angesichts der aktuellen Gaskrise nicht zu empfehlen“.

Laut Graichen führe ein Weiterbetrieb demnach zu rechtlichen Problemen, wäre technisch und personell kaum umsetzbar und löste die Energiekrise nicht. Eine etwas veränderte Version dieses Prüfvermerks veröffentlichte das Wirtschaftsministerium kurz darauf auf seiner Website. Auch in einem Frage-Antwort-Text wurden eine mehrjährige Laufzeitverlängerung oder ein Streckbetrieb ins Frühjahr 2023 hinein, der nach Intervention von Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) schließlich stattfand, als nicht hilfreich dargestellt.

Ministeriumsunterlagen zeigen nun allerdings, dass diese Sichtweise von Fachbeamten im Wirtschaftsministerium und im Umweltministerium nur bedingt geteilt wurde. Die Unterlagen wie die Kommunikation zwischen Habeck und seinem Staatssekretär sind nach einer Klage des Magazins „Cicero“ nach dem Informationsfreiheitsgesetz öffentlich geworden.

Die Union macht Habeck deshalb nun schwere Vorwürfe. „Der alte Verdacht erhärtet sich: Beim Kernkraft-Aus wurden Parlament und Bevölkerung belogen“, schrieb der Parlamentarische Geschäftsführer der Bundestagsfraktion, Thorsten Frei, bei X. „Habeck sollte unverzüglich sämtliche Akten zum Aus der AKW auf den Tisch legen.“ Ansonsten drohe ein Nachspiel. Die Bundestags-Ausschüsse für Klimaschutz und Energie sowie für Umwelt kommen an diesem Freitag deshalb zu Sondersitzungen zusammen. Im Gespräch sei eventuell auch ein Untersuchungsausschuss, hieß es aus der Union, sollte Habeck die Aufklärung verweigern.

Das Wirtschaftsministerium wies die Vorwürfe als verkürzt und ohne Kontext zurück, die gezogenen Schlüsse seien so auch unzutreffend. Konkret geht es um ein Gutachten aus der Stromabteilung des Ministeriums. Darin plädieren die Beamten dafür, einen sogenannten Streckbetrieb für die drei damals noch am Netz befindlichen AKW bis zum 31. März zu prüfen. So könne der Erdgasverbrauch im Stromsektor auf ein Minimum reduziert werden. Den weitgehenden Ersatz von teuren Gaskraftwerken mit stillgelegten Kohlekraftwerken bezeichnen die Strommarktexperten als „äußerst risikoreich“. Durch einen Einsatz der AKW im Streckbetrieb „könnten die Strompreise in vielen Stunden sinken“.

Dieses Gutachten für einen Streckbetrieb hat Wirtschaftsminister Habeck nicht erreicht. Von der Leitungsebene habe nur Graichen den Bericht gelesen, teilte das Ministerium dem Tagesspiegel mit. Man verweist allerdings darauf, dass zu einer möglichen Laufzeitverlängerung „verschiedene Argumente gehört und gewogen“ worden seien – etwa auch die Argumente der Kraftwerksbetreiber, die keinen Nutzen in einem Streckbetrieb gesehen hätten. „All diese Argumente sind in den Abwägungsprozess, die Meinungsbildung und die Ergebnisse eingeflossen.“

### Aufgebauschtes Gutachten?

Im Umweltministerium wurde zeitgleich geprüft, ob eine Verlängerung der Laufzeit überhaupt sicher wäre. Die Beamten der Abteilung „Nukleare Sicherheit, Strahlenschutz“ gehen in dem Gutachten grundsätzlich davon aus, dass ein Streckbetrieb oder eine mehrjährige Laufzeitverlängerung mit der nuklearen Sicherheit „vereinbar wären“, allerdings nur unter Voraussetzungen. Während die Beamten gegen einen Streckbetrieb wenig Bedenken geltend machen, sehen sie bei einer mehrjährigen Laufzeitverlängerung viele Risiken und Probleme.

Die Beamten warnen davor, dass es neue Brennstäbe bräuchte, die womöglich nicht zu den deutschen Atomkraftwerken passten, weshalb eine besonders

aufwendige Kontrolle des Betriebs nötig wäre. Die deutschen AKW waren zudem wegen des nahenden Atomausstiegs seit 13 Jahren nicht mehr grundlegend überprüft worden, obwohl eine Sicherheitsüberprüfung nach den Regeln der internationalen Atomenergiebehörde eigentlich alle zehn Jahre vorgeschrieben ist. Nun wäre eine besonders aufwendige Überprüfung aller Anlagen nötig gewesen. Zudem fehlten wegen des geplanten Atomausstiegs Ersatzteile und Personal.

Aus den vielen Bedenken der Beamten kann man den Schluss ziehen, dass eine mehrjährige Verlängerung der Laufzeit sicherheitstechnisch kaum in Betracht kommt. Diesen Schluss zog dann auch der Abteilungsleiter. Eine Verlängerung der Laufzeit über 2022 hinaus sei sicherheitstechnisch nicht vertretbar, schrieb der Chef der Atomaufsicht, Gerrit Niehaus, in einer zweiten Version des Vermerks fett gedruckt über die Erläuterungen seiner Beamten. Doch Niehaus' Urteil bezog sich nicht nur auf eine Verlängerung der Laufzeit um mehrere Jahre, sondern auch auf den Streckbetrieb. Hierfür liefert der Vermerk dann allerdings kaum Argumente.

Aus den von „Cicero“ freigelegten Unterlagen lassen sich zusammenfassend zwei Schlüsse ziehen: Ein Gutachten, das für einen Streckbetrieb argumentiert, hat Wirtschaftsminister Habeck nicht erreicht. Und ein Abteilungsleiter im Umweltministerium hat aus dem Fachgutachten seiner Beamten einen recht weitgehenden Schluss gezogen, und damit die Risiken eines Streckbetriebs womöglich dramatisiert.

### **FDP attackiert Habeck**

Die Opposition vermutet allerdings einen größeren

Skandal. CSU-Generalsekretär Martin Huber attackierte Habeck am Donnerstag scharf. „Habeck hat offensichtlich auch den Bundeskanzler beim AKW-Ausbelogen. Sein Rückhalt für die AKW-Abschaltung beruht auf falschen Tatsachen“, sagte er dem Tagesspiegel. Scholz müsse jetzt durchgreifen und den AKW-Rückbau stoppen.

Auch aus der FDP-Fraktion wird Habeck angegriffen. „Die berichteten Vorgänge im Wirtschaftsministerium über den Atomausstieg stehen klar im Widerspruch zu einem wissenschaftsbasierten Politikstil“, sagte der technologiepolitische Sprecher Stephan Seiter dem Tagesspiegel. Die Hausleitung habe offensichtlich die Kompetenz ihrer Fachleute ignoriert. „Ich erwarte von Robert Habeck eine zügige und transparente Aufklärung der Vorgänge.“

In der SPD versteht man die Aufregung nicht. „Der Atomausstieg war richtig: Die Energiepreise sind gesunken, die Versorgungssicherheit ist stets gewährleistet und es sind so viele Erneuerbare am Netz wie nie zuvor“, sagte Fraktionsvize Matthias Miersch der Mediengruppe Bayern. Es gebe keinen Weg zurück in die alte Atomwelt. „Die Zukunft ist erneuerbar, günstig und klimafreundlich.“ (mit Agenturen)

**Wirtschaftsminister Robert Habeck (Grüne) muss sich erneut wegen des Atomausstiegs rechtfertigen.**

### **Zitat**

**„Die berichteten Vorgänge im Wirtschaftsministerium über den Atom- ausstieg stehen klar im Widerspruch zu einem wissenschaftsbasierten Politikstil.“ - Stephan Seiter, technologiepolitischer Sprecher der FDP-Fraktion im Bundestag**